

ger, als auf dem Parteitag unter maßgeblicher Federführung von Fritz Erler und Helmut Schmidt eine umfassende Entschließung zur Stärkung und zum Ausbau der Bundeswehr angenommen wurde. In diese Entschließung wird unter dem Vorwand, es gelte, die zivilen von den militärischen Aufgaben abzugrenzen, der Wiederherstellung des alten Generalstabes das Wort geredet.

Wer für die atomare Gemeinschaftslösung und die Stärkung der Bundeswehr eintritt, kann natürlich auch keine konstruktive, auf Frieden und Verständigung gerichtete Deutschlandpolitik betreiben. Wehner und Erler erklärten auf dem Parteitag, die Bundesrepublik müsse zur Entspannung beitragen, aber ihr Beitrag solle darin bestehen, den anderen Mächten klarzumachen, daß die internationale Entspannung nicht auf Kosten „der deutschen Interessen“, das heißt der Interessen des deutschen Imperialismus, gehen dürfe. Es geht ihnen also gar nicht um Entspannung, sondern um die Fortsetzung der Politik der Revanche, der Nichtanerkennung der Realitäten und der Ablehnung von gleichberechtigten Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten. Deshalb haben Wehner und Erler schon vor und auch während des Parteitages offen erklärt, daß eine Politik des „Wandels durch Annäherung“, eine Politik nach dem Beispiel der Berliner Passierscheinabkommen, mit größter Vorsicht gehandhabt werden müsse. Willy Brandt hat auf dem Parteitag zwar weitere Schritte im Sinne einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ vorgeschlagen, aber zugleich erklärt, es gelte, die alte Hallstein-Zeit durch eine neue Hallstein-Zeit abzulösen. Wodurch soll sich diese neue Hallstein-Zeit von der alten unterscheiden? Sie soll sich unterscheiden durch größere Beweglichkeit in der „Ost-Politik“, durch neue Versuche, die DDR aufzuweichen und zwischen sie und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft einen Keil zu treiben.

Aus diesem Vorhaben kann nichts werden. Wir sind für eine Politik des Wandels durch Annäherung. Wir haben nichts gegen kleine Schritte. Aber kleine Schritte zur Fortsetzung der alten, gescheiterten Politik mit etwas neuem Anstrich nutzen weder den Sozialdemokraten noch der Sache des Friedens in Deutschland. Weitere Schritte setzen, wie Walter Ulbricht auf dem 7. Plenum des ZK erklärte, „den schrittweisen Abbau des kalten Krieges voraus“. Sie müssen Schritte zu einer gesicherten Friedensordnung in Deutschland sein. Hier liegt die große Verantwortung der SPD. Der Parteitag hat der großen Verantwortung, die auf der SPD ruht, nicht genügt. Das beweisen außer dem

bisher Gesagten auch seine Zustimmung zu den Notstandsgesetzen und seine wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Obwohl sich die westdeutschen Gewerkschaften und untere Einheiten der SPD in Anträgen an den Parteitag gegen die Notstandsgesetze ausgesprochen haben, hat der Parteitag erneut eine Notstandsgesetzgebung im Prinzip bejaht. Auf dem Karlsruher Parteitag hat der Wirtschaftsexperte der SPD, Prof. Schiller, offen erklärt, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung Westdeutschlands, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der sogenannten Unternehmerinitiative basiert, von der SPD-Führung voll akzeptiert werde. Als im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Wirtschaftspolitik der SPD eine Reihe von Delegierten, vor allem aus Kreisen der Gewerkschaften, einen Initiativantrag zur Erweiterung der Mitbestimmung einbrachten, konnte dieser Antrag nur gegen den persönlichen Widerstand von Wehner durchgesetzt werden.

Wie kam es zu solchen Beschlüssen?

Die entscheidende Ursache liegt zweifellos darin, daß auf dem Boden der lang anhaltenden Konjunktur und des Antikommunismus die bürgerliche Ideologie tief in die Köpfe vieler Mitglieder und Funktionäre der SPD eingedrungen ist und daß sich daher viele Delegierte über die Tragweite ihrer Zustimmung zu den Entschließungen des Parteivorstandes nicht im klaren waren. Auch die Behauptung von Wehner und Erler, angesichts der Zerrissenheit und Führungslosigkeit in der CDU/CSU müsse die SPD Einheit und Geschlossenheit demonstrieren und sich dadurch den Wahlsieg bei den nächsten Bundestagswahlen sichern, hat selbst auf solche Delegierte, die mit der Stellung von Wehner und Erler zur multilateralen Atomstreitmacht, zu Notstandsgesetzen usw. nicht einverstanden sind, eine große Wirkung ausgeübt.

Viele Delegierte des Parteitages haben sich zweifellos auch durch die von der Führung der SPD auf dem Parteitag praktizierte Politik der Zweigleisigkeit täuschen lassen. Worin besteht diese zweigleisige Politik? Einerseits wird, im Fahnvasser der Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU segelnd, die Wiederherstellung der Grenzen von 1937, die multilaterale Atomstreitmacht gefordert. Andererseits aber wird gesagt, daß die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben — die Erneuerung der Bildung, die allseitige